

Das große Gebühren-Gezanke

Marktrat stimmt hauchdünn für Anhebung in der Kita – Elternbeirat: „Massive Erhöhung“

VON MARKUS SCHWARZKUGLER

Wartenberg – Drunter und drüber ging's am Mittwoch im Wartenberg Marktrat: Es galt, die bereits heiß diskutierte Gebührenerhöhungen zu beschließen, nicht zuletzt für die Kitas. In der über zweieinhalbstündigen Sitzung wurde deutlich, dass es aktuell bei der Abrechnung der Kita-Gebühren genauso drunter und drüber geht wie es nun in der Debatte der Fall war. Haarscharf ging die Erhöhung letztlich durch.

Für alle soll's jetzt gleich viel kosten

Die Kita-Gebühren werden zum 1. September inklusive der schon einmal geschobenen Erhöhung um sechs Prozent um insgesamt 23 Prozent erhöht – im Durchschnitt. Das Votum dafür fiel mit 11:10 Stimmen hauchdünn aus. In den beiden Folgejahren wird jeweils um weitere 17 Prozent erhöht.

Im Durchschnitt, weil die Gemeinde die Abrechnung nun von progressiv auf linear umstellt. Soll heißen: Wer sein Kind länger in die Kita gibt, zahlt pro Stunde nicht mehr einen höheren Satz. Den Status Quo kritisierte CSU-Rätin Isabell Haindl, die das Pfarrkinderhaus in Wartenberg leitet. Sie werde zwar gegen die Erhöhung stimmen, es brauche aber eine Bereinigung. Ihr zufolge erfolgt die Abrechnung aktuell alles andere als einheitlich. „Eine Stunde soll nachvollziehbar für alle gleich viel kosten. Eine lineare Staffelung finde ich sehr sinnvoll. Bei den meisten im Landkreis ist es schon so“, sagte Haindl.

Aus dem Publikum der gut besuchten Sitzung erhielt eine Vertreterin des Elternbeirats Rederecht. Sie fand deutliche Worte. Die Erhöhung bedeute für manche Familien sogar, sich zu überlegen, ob sie ihre Kinder überhaupt noch in die Kita bringen sollen. Lob erhielt dafür die lineare Vorgehensweise. Doch: „23 Prozent sind trotzdem eine massive Erhöhung.“ Der Geschwisterrabatt sei derweil eine gute Sache. Dass dieser bleibt, dafür votierte das Gremium einstimmig.

„Familienfreundlich ist was anderes“, kritisierte einmal mehr Michael Paulini (SPD). Er rechnete vor, dass sich in manchen Buchungsgruppen sogar eine Erhöhung um satte 44 Prozent ergebe. Man stelle eben die Art der Abrechnung um, doch im Schnitt seien es 23 Prozent, hielt die andere Seite dagegen, darunter Bürgermeister Christian Pröbst (CSU).

Straßberger: Tut in der Seele weh

Den Tenor fasste Markus Straßberger (CSU) zusammen: Die Erhöhung „tut mir in der Seele weh“. Doch man habe kaum Alternativen. Man müsse eben in allen Bereichen anheben, bei der Gewerbesteuer habe man noch deutlich stärker erhöht. Unter anderem er und Josef Sedlmaier (CSU; „Die Erhöhung finde ich krass“) kritisierten die Ampel- und CSU-Landesregierung. „Wir haben drei Prozent mehr vom Staat für unsere Kitas erhalten“, erklärte dazu Pröbst – ihm zufolge viel zu wenig bei steigenden Strom- und Personalkosten. „Was sollen wir machen?“, fragte er.

Gruber: In Beton statt in Menschen investiert

Das Fass bei einigen Ratskollegen zum Überlaufen brachte Michael Gruber (SPD). Warum es dem Markt aktuell noch schlechter gehe als anderen im Landkreis? „Wir haben massiv Grundstücke und Gebäude gekauft seit Mai 2020 (also seitdem der aktuelle Gemeinderat im Amt ist; Anm. d. Red.), haben in Beton statt in Menschen investiert.“ Für manches Gebäude gebe es nicht einmal einen Plan, wie man es nutzen wolle. „Wir haben massiv eigene Probleme kreiert“, meinte Gruber, und aus dem Publikum ertönte Applaus – während so manches Ratsmitglied den Kopf schüttelte.

Ganz am Ende der Sitzung brach es aus dem Bürgermeister heraus. Er meinte, dass man sich in der Marktratsklausur einig gewesen sei. Doch „kaum ist die Zeitung da, wird dagegen gestimmt“. Da würden es sich manche leicht machen.

Vize-Bürgermeisterin Carla Marx (Neue Mitte) sprach von „ganz miesem Stil. Wir waren uns doch einig.“

Mit den Gebühren werde man das Loch von zwei Millionen Euro im Kita-Bereich nicht stopfen können, so Pröbst, doch immerhin ein bisschen was unternehmen.

Auch Mittagessen wird teurer

Erhöht werden moderat auch die Gebühren für die Mittagsbetreuung an der Grundschule. Jedoch bei weitem nicht so, dass man die Kostenexplosion auffangen würde. Auch dazu wurde intensiv diskutiert, Eduard Ertl (Neue Mitte) befand aber: „Wir haben im Moment eine Inflation.“ Deshalb müsse man manche Kosten einfach weitergeben. Die monatliche Benutzungsgebühr wird nun bei bis zu drei Tagen pro Woche auf 44 Euro und bei bis zu fünf Tagen auf 60 Euro angehoben. Das Essen an einem Tag in der Woche kostet monatlich 20 Euro, bei vier Tagen entsprechend 80 Euro. Die Anhebung fiel nach der Debatte damit niedriger aus als von der Verwaltung vorgesehen (27 Euro pro Tag).

Gestritten wurde in der Sitzung auch um die Gebühren beziehungsweise Leitung im Medienzentrum, um die Kürzung des Sitzungsgelds der Räte - und sogar um gestrichene Bierzeichen beim Seniorentag (Bericht folgt).